

Engelen-Kefer, Dr.
Ursula

Neue OZ, 25.10.2000

Gespräch mit unserer Zeitung

„Riester muss Klarheit schaffen“

Engelen-Kefer kritisiert Rentenpläne der Regierung - „Nicht nachvollziehbar“

Osnabrück, 24. 10.
(abr-Eigenbericht)
Der DGB hat Arbeitsminister Riester aufgefordert, im Rahmen der Rentenreform Klarheit über den künftigen Bundeszuschuss zu schaffen und die Kürzung der Rentenbeiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe rückgängig zu machen.

In einem Gespräch mit unserer Zeitung betonte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am Dienstag, würde der Bund für Arbeitslosenhilfebezieher wie

der Rentenbeiträge in vorheriger Höhe entrichten, könnte die Absenkung des Rentenniveaus im Rahmen der geplanten Reform deutlich reduziert werden. Das brächte jährlich rund fünf Milliarden Mark Mehreinnahmen für die Rentenkasse.

Als „nicht nachvollziehbar“ wies die DGB-Sozialexpertin Behauptungen Riesters zurück, dass noch höhere staatliche Zahlungen an die Rente verfassungsrechtlich bedenklich seien. Bei den Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfebezieher handele es

sich nicht um einen Bundeszuschuss, sondern um normale Beitragszahlungen. Selbst in der Endstufe der Ökosteuern werde der Bundeszu-

schuss 25 Prozent der Rentenausgaben nicht übersteigen.

Die von Riester und anderen prophezeiten deutlich höheren Anteile kämen nur zu Stande, wenn man die Ausgaben für die Knappschaft der Bergleute, die Kindererziehungszeiten und die Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger hinzurechne. Das sei aber unzulässig. Hier würden Äpfel mit Birnen verglichen. Insofern bestehe auch unter verfassungsrechtlichen Aspekten im Gegensatz zu Riesters Befürchtungen „durchaus noch Spielraum beim Bundeszuschuss“.

Stattdessen aber habe der Minister neue Verunsicherungen in die Rentendebatte gebracht, indem er den 2003 erreichten Anteil der Ökosteuern für ausreichend erklärt habe, kritisierte Frau Engelen-Kefer. Riester solle lieber ein Konzept vorlegen, das langfristig Sicherheit über den Bundeszuschuss bringe. Am besten wäre es, wieder einen einheitlichen Bundeszuschuss zu schaffen. Derzeit gibt es einen allgemeinen Zuschuss. Daneben fließen als zusätzlicher Zuschuss die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung und der Ökosteuern in die Rentenkasse.

Neue OZ, 30.09.2000

Engelen-Kefer, Dr. Ursula



Dr. Ursula Engelen-Kefer

Interview mit unserer Zeitung

DGB: Riester muss auf die Kritiker zugehen

Warnung vor Wahlschluppe - Rentenkonsens gescheitert

Osnabrück/Berlin 29. 9. (mt-Eigenber./AP)
Der DGB hat Arbeitsminister Walter Riester (SPD) aufgefordert, nach den gescheiterten Rentenkonsens-Gesprächen noch einmal auf die Gewerkschaften und die Union zuzugehen.

In einem Interview mit unserer Zeitung verlangte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am Freitag, dies müsse geschehen, ehe der Minister einen endgültigen

Gesetzentwurf vorlege. Sie warnte die Regierung davor, nach dem Motto „Augen zu und durch“ zu verfahren und erinnerte den Minister daran, dass das Thema Rente schon einmal „zu Wahlschlappen der SPD“ beigetragen habe.

Die Gewerkschaften bekräftigten die Sorge, dass bei der Rentenreform die jüngere Generation „bei weitem zu stark“ belastet werde. Und diese Befürchtung werde nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Verband der Rentenversicherungsträger und den Sozialverbänden bestätigt. Man habe von Riester „anderes erwartet“. Leider könne sie derzeit nicht erkennen, ob der Minister bereit sei, auf berechnete Kritik einzugehen. „Ich kann nur dafür werben“, fügte Engelen-Kefer hinzu.

Die Rentenkonsensgespräche zwischen Bundesregierung und Opposition waren in Ber-

lin ohne Einigung zu Ende gegangen. In der letzten Runde lehnte die Opposition den Gesetzentwurf von Arbeitsminister Riester als ungenügend ab. Die Union legte einen eigenen Forderungskatalog vor, den wiederum Riester als unbezahlbar zurückwies.

Der Sozialdemokrat sagte aber, er sei froh darüber, dass CDU/CSU und FDP nun versuchen wollten, im parlamentarischen Verfahren einen Kompromiss zu finden. (Siehe Kommentar Seite 2 und Wortlaut des Interviews auf „Nachrichten“.)

Neue OZ,

30.09.2000

Das Interview im Wortlaut

„Wir hatten von Walter Riester anderes erwartet“

Engelen-Kefer: Es herrscht große Verärgerung

Von Theo Mönch-Tege

Osnabrück, 29. 9. (Eb.) Das Interview, das die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer unserer Zeitung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frage: Frau Engelen-Kefer, die Konsensverhandlungen der Parteien über die Rentenreformverhandlungen sind praktisch festgefahren. Arbeitsminister Riester hat sich beim jüngsten Gespräch kein Stück bewegt. Welche Folgerungen ziehen daraus die Gewerkschaften?

Antwort: Wir hoffen nur, dass beide Seiten bereit sind, aufeinander zuzugehen. Es wäre schlecht, wenn die Bundesregierung verfährt nach dem Motto „Augen zu und durch“. Und ebenso schlecht wäre es, wenn die Union hier parteitaktische Spielchen betreiben würde – und dann vielleicht auch noch der eine nicht recht weiß, was der andere tut. Wir sind also nach wie vor der Auffassung, dass beide Seiten sich aufeinander zu bewegen müssen.

Frage: Nun soll auf der parlamentarischen Ebene weiter verhandelt werden. Ist das für die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften von Vorteil?

Antwort: Wir hätten uns gewünscht, dass wir im Vorfeld besser gehört worden wären. Wir haben ja nie einen Zweifel gelassen an unseren Vorstellungen und haben zugleich immer rechtzeitig alles getan, um auf die Bundesregierung zuzugehen. Da hätte man sich schon gewünscht, dass diese festgefahrene Situation verhindert worden wäre.

Frage: Was befürchten Sie nun?

Antwort: Wir haben die Sorge, die auch viele andere hegen, dass hier eine bei weitem zu starke Belastung der jüngeren Generation stattfinden soll, die wir nicht mittragen können. Dabei werden unse-

re Befürchtungen von vielen anderen bestätigt, nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Verband der Rentenversicherungsträger und den Sozialverbänden. Ich meine, man hätte das verhindern können.

Frage: Was erwarten Sie nun von den parlamentarischen Beratungen?

Antwort: Der Bundesarbeitsminister hat zunächst Diskussionspunkte zu einem Gesetzentwurf eingebracht. Er hat noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich fordere ihn auf, vor der Vorlage eines endgültigen Gesetzentwurfes noch einmal auf diejenigen zuzugehen, die berechtigte Kritik äußern. Leider kann ich derzeit nicht erkennen, ob dazu noch die Bereitschaft besteht. Ich kann nur dafür werben.

Frage: Wie steht es auf Ihrer Seite?

Antwort: Wir haben immer versucht, auf die Bundesregierung zuzugehen. Für uns war ganz klar: Eine Verschlechterung des Rentenniveaus wäre eigentlich zu vermeiden gewesen. Wir haben auch den Aufbau einer zweiten Säule als obligatorische betriebliche Altersversorgung vorgeschlagen. Das wären die sauberen Wege gewesen. Aber wir sind niemals mit dem Kopf durch die Wand gegangen, haben uns bewegt. In verschiedenen Angeboten haben wir deutlich gemacht, dass wir eine moderate Absenkung des Rentenniveaus mittragen. Und dass wir auch bereit sind, über alternative Wege nachzudenken, wie man die tarifliche und betriebliche Altersvorsorge fördern kann. Unser Angebot steht nach wie vor. Aber wir lassen uns auch nicht mit kosmetischen Korrekturen abspeisen.

Frage: Wie wollen Sie denn jetzt Einfluss auf die Regierung noch nehmen? Gibt es einen „heißen Herbst“?

Antwort: Ich glaube schon,

dass die Arbeitnehmer und auch die Gewerkschaften ihrem Unmut deutlich ausdrücken werden. Die geplanten Protesttage der IG Metall werden stattfinden. Eine Reihe von Gewerkschaften hat ihre Bereitschaft erklärt, dies zu unterstützen. Es herrscht eine große Verärgerung, wenn die Reform vor allem Gewinnsteigerungsprogramme für Lebensversicherer hervorbringt.

Frage: Auch im Arbeitnehmerflügel der SPD-Fraktion ist man ja offensichtlich mit der Reform unzufrieden, aber äußert es nicht allzu laut. Hätte die Regierung eigentlich eine Mehrheit, wenn sie die Abstimmung freigeben würde?

Antwort: Sie hat lang genug daran gearbeitet, und wir wissen, dass es für eine Regierung erforderlich ist, ihre Abgeordneten bei der Stange zu halten. Das war bei keiner Regierung anders. Das ist politisches Geschäft. Aber die Regierung wäre gut beraten, der berechtigten Kritik zuzuhören. Denn die kommt nicht von ungefähr, sondern die Abgeordneten müssen in ihren Wahlkreisen die Klagen der Bevölkerung aushalten. Und davon hängt dann auch das Wahlverhalten ab. Rente war ja schon einmal ein Thema, das zu Wahlschläppen der SPD beigetragen hat. Also: Ich weiß nicht, ob das alles so glatt abgeht, wie man sich das vorstellt. Es ist immer einfacher, im geschützten Umfeld einer Fraktionssitzung als draußen im Wahlkreis Rede und Antwort stehen zu müssen.

Frage: Sind Sie von Herrn Riester enttäuscht?

Antwort: Wir hatten etwas anderes erwartet. Vor allem auch nach den Zusagen, die wir von ihm bekommen haben. Aber das haben wir ihm schon häufiger und deutlich gesagt. Und ich kann es nur immer wiederholen in der Hoffnung, dass es einmal Gehör findet.

Neue OZ, 20.07.2000

Gespräch mit unserer Zeitung

„Gespräch mit Riester enttäuschend“

Engelen-Kefer: Bei Rente in entscheidenden Punkten keine Bewegung

Osnabrück, 19. 7. (abr-Eb./Reuters/ddp/dpa)
In den Verhandlungen zur Rentenreform mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) hat Arbeitsminister Walter Riester (SPD) nach Angaben der DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer „in entscheidenden Punkten keinerlei Bewegung gezeigt“.

In einem Gespräch mit unserer Zeitung betonte Engelen-Kefer am Mittwoch, angesichts dieses enttäuschenden Ergebnisses bleibe den Gewerkschaften keine andere Wahl, als mit einer Informationskampagne in den DGB-Landesbezirken und in den Betrieben über die „schweren Konstruktionsfehler“ der Reform zu informieren. So gebe es keinen Anlass, „die Rente schon heute für Arbeitnehmer durch die geplanten Abschlüsse unattraktiv zu machen, nur weil ab 2020 die demographische Entwicklung dies angeblich erzwingt“.

Die steigende Lebenserwartung als ein zentrales Problem

der Demographie und damit der Rentenfinanzen kann nach den Worten der Gewerkschafterin „sehr viel eleganter und schmerzloser“ durch eine Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters gelöst werden. Dafür könnte der medizinische Fortschritt sorgen, sofern er unterstützt würde durch eine breit angelegte Gesundheitsvorsorge im Rahmen der Kranken- und Rentenversicherung sowie der betriebärztlichen Betreuung.

Würden die Menschen so in die Lage versetzt, durchschnittlich zwei Jahre länger zu arbeiten, wäre die Rentenproblematik fast gelöst, sagte die DGB-Vizevorsitzende. Denn das würde die Beitragsätze um drei Prozentpunkte entlasten. Diese und andere sinnvolle Alternativen stießen aber bislang bei Koalition und Union „auf taube Ohren“.

Der „starre Blick auf angeblich drohende Beitragssätze“ habe offenbar die politische Kreativität gelähmt, kritisierte Frau Engelen-Kefer. Deshalb

versuche der DGB, die verhärteten politischen Fronten auf allen Seiten aufzubrechen. Es gehe aber nicht darum, mit der Koalition gegen die Union oder umgekehrt zu agieren. „Wir wollen beide Seiten mit sanftem Druck zu einem für die Menschen akzeptablen Rentenkonsens bewegen“, betonte die stellvertretende DGB-Chefin.

Die IG Metall kündigte unterdessen an, die Abstriche bei

der Altersversorgung durch höhere Tarifabschlüsse wieder hereinholen zu wollen. Der neue Leiter des größten IG-Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen, Peter Gasse, sagte der „Berliner Zeitung“, die Gewerkschaften würden auf keinen Fall ihre Hand zu der jetzt geplanten Reform reichen. Über die Vorschläge von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Riester gebe es „helle Empörung“ bei der IG Metall.

Neue O2, 17.06.2000
Engelen-Kefer

Interview mit unserer Zeitung

DGB: Klage gegen Rentenreform möglich

Kampagne gegen den Plan Riesters angekündigt



Dr. Ursula Engelen-Kefer

Osnabrück, 16. 6. (abr-Eigenbericht)
Der DGB schließt eine Verfassungsklage gegen die geplante Rentenreform nicht aus, falls es nicht gelingt, sie „politisch zu verhindern und sinnvolle Alternativen durchzusetzen“.

In einem Interview mit unserer Zeitung kündigte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer für den Fall eine Prüfung an, „ob die Rente als Pflichtversicherung noch verfassungskonform ist, wenn sie für eine steigende Zahl von Bürgern nicht einmal mehr das Sozialhilfeniveau erreicht“. Zuvor allerdings plane der DGB im Sommer eine Informations-

und Aufklärungskampagne. Neben der Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden habe sie auch den Kirchen Gespräche angeboten, um die Rentenreform gemeinsam zu verhindern, teilte Frau Engelen-Kefer mit.

Die geplante Rentenreform ist nach Ansicht der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden „schlichter Sozialabbau mit krasser sozialer Schieflage“. Wenn das funktionieren sollte, „besteht die große Gefahr, dass als Nächstes die Kranken- und Arbeitslosenversicherung teilprivatisiert werden“. Das wäre dann „das endgültige Aus für unsere solidarischen Sozialversicherungen“. (Wortlaut des Interviews siehe „Nachrichten“.)

17.06.2000

K. Müller

Interview im Wortlaut

„Den Atomausstieg in ganz Europa organisieren“

Engelen-Kefer fordert Berlin zu neuer Initiative auf

Von Axel Brower
Osnabrück, 16. 6. (Eigenbericht)

Das Interview, das die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer unserer Zeitung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frage: Frau Engelen-Kefer, wie beurteilen Sie den jetzt gefundenen Konsens zum Atomausstieg?

Antwort: Der vereinbarte Atomausstieg könnte ein gangbarer Weg sein, um den klassischen Konflikt zwischen Beschäftigung auf der einen und Umwelt- sowie Gesundheitsbelangen auf der anderen Seite verträglich zu lösen. Der Ausstieg erfolgt nach und nach in gut zwei Jahrzehnten. Damit ist viel Zeit gewonnen, um neue Arbeitsplätze für jene bereitzustellen, deren Jobs durch den Atomausstieg wegfallen.

Frage: Wo sehen Sie hier konkrete Chancen?

Antwort: Das könnte vor allem im Bereich alternativer Energien gelingen. Ich appelliere an Regierung und Energieversorgungsunternehmen, diese Aufgabe rasch und systematisch anzugehen. Wer eine ganze Branche stilllegt, muss die beschäftigungspolitischen Konsequenzen mit bedenken und mit lösen.

Frage: Dies bedeutet für die Haltung des DGB...

Antwort: Einen Atomausstieg auf dem Rücken der Beschäftigten können die Gewerkschaften nicht mitmachen. Diese Gefahr wäre allerdings deutlich größer gewesen, wenn man sich auf ein fixes Ausstiegsdatum verständigt hätte.

Frage: Macht denn ein deutscher Alleingang überhaupt Sinn?

Antwort: Auch der DGB hat sich für einen Atomausstieg ausgesprochen. Der jetzt gefundene Kompromiss kann ein Signal für andere Staaten sein, unserem Beispiel zu folgen. Aber darauf dürfen wir uns nicht verlassen. Denn in Deutschland sinkt die Gefahr

einer atomaren Katastrophe mit jedem abgeschalteten Kernkraftwerk. Die Atommeiler vor allem in Mittel- und Osteuropa aber laufen weiter und sind nicht so sicher wie die deutschen. Hinzu kommt: Im liberalisierten europäischen Energiemarkt besteht die Gefahr, dass wir künftig Atomstrom in großen Mengen importieren, wenn die Kraftwerke in Frankreich und Osteuropa dauerhaft weiterproduzieren.

Frage: Welche Schlussfolgerung ziehen Sie daraus?

Antwort: Es wurde bisher nur eine Teillösung erreicht. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, möglichst bald mit allen europäischen Staaten Abstimmungsgespräche über die friedliche Nutzung der Kernenergie zu führen.

„Ich fühle mich von Riester getäuscht“

Ziel muss es sein, in ganz Europa den Ausstieg aus der Atomenergie zu organisieren.

Frage: Der Regierung Kohl haben Sie sozialen Kahl-schlag vorgeworfen – auch im Zusammenhang mit den Renten. Jetzt plant die rot-grüne Regierung viel tiefere Einschnitte. Wie bezeichnen Sie das?

Antwort: Vorweg: Ich fühle mich von Arbeitsminister Riester getäuscht. Auf eindringliches Nachfragen hatte er behauptet, mit den beiden realen Nullrunden der Rentenanpassungen 2000/2001 komme er hin. Es werde weder ein weiteres Absinken des Rentenniveaus noch weitere Einschnitte bei den Leistungen geben. Genau das Gegenteil passiert jetzt.

Frage: Wie bewerten Sie diesen Vorgang?

Antwort: Die geplante Rentenreform ist schlichter Sozialabbau und hat dabei noch eine krasse soziale Schieflage. Sie höhlt unser solidarisches Rentensystem aus – und das ohne jede Notwendigkeit.

Wenn das funktionieren sollte, besteht die große Gefahr, dass als Nächstes die Kranken- und die Arbeitslosenversicherung teilprivatisiert werden.

Frage: Was hätte dies für langfristige Folgen?

Antwort: Das wäre dann das endgültige Aus für unsere solidarischen Sozialversicherungen. Auch deswegen werden wir uns mit allen Kräften gegen die Rentenreform zur Wehr setzen.

Frage: Denken Sie dabei auch an eine Verfassungsklage?

Antwort: Zuerst einmal geht es darum, diese Reform politisch zu verhindern und sinnvolle Alternativen durchzusetzen. Nachdem der DGB bereits mit den Sozialverbänden in dieser Frage zusammenarbeitet, habe ich jetzt den Kirchen Gespräche angeboten. Parallel dazu sammeln die Einzelgewerkschaften – allen voran die IG Metall und ver.di – ihre Truppen. Wir wollen im Sommer eine Informations- und Aufklärungskampagne zur Rentenreform starten. Wenn aber alles nicht hilft, dann werden wir auch prüfen, ob die Rente als Pflichtversicherung noch verfassungskonform ist, wenn sie für eine steigende Zahl von Bürgern nicht einmal mehr das Sozialhilfeniveau erreicht.

Frage: Sehen Sie denn keine Notwendigkeit für einen Systemwechsel?

Antwort: Ich kann mir bis heute nicht erklären, was die Regierung damit beabsichtigt. Private Vorsorge ist doch kein Selbstzweck an sich. Niemand kann sagen, ob sie auf Dauer bessere Renditen abwirft als die Rentenversicherung. Aber vielleicht ist Arbeitsminister Riester ja vom Börsenroulette fasziniert, oder die Regierung versucht, mit angeblich modernen Alternativen zum Sozialstaat die Yuppies und die neue Mitte an sich zu binden. Ich sage voraus: Wenn es so gemacht wird wie bei der Rentenreform, wird es schief gehen.

0

Neue OZ, 20.05.2000

Interview mit unserer Zeitung

DGB: Schmerzgrenze bei Rentenkürzung überschritten

Warnung vor „Kriegserklärung“ an Arbeitnehmer

Osnabrück, 19. 5. (abr-Eb.)
Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird bereits in diesem Jahr bei der Absenkung des Rentenniveaus die Schmerzgrenze überschritten.

In einem Interview mit unserer Zeitung sagte die stellver-

tretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am Freitag zur Begründung, die nun endgültig beschlossene Rentenanpassung für 2000 und 2001 entsprechend der Inflationsrate senke das Niveau um 2,5 Prozentpunkte ab. Jeder weitere Schritt in diese Richtung sei eine „Kriegserklärung an

die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften“.

Manche in der Union und bei den Grünen wollten den Beitragssatz langfristig bei 19 Prozent einfrieren. Damit würde eine Durchschnittsrente im Jahr 2030 um 900 Mark monatlich niedriger liegen als nach geltendem Recht. Diese riesige „Rentenlücke“ müsste dann durch private Eigenvorsorge mit hohen monatlichen Prämien zusätzlich zu den Rentenversicherungsbeiträgen geschlossen werden.

Zuvor hatte der Bundesrat als letzte Instanz der umstrittenen Rentenerhöhung um nur 0,6 Prozent zum 1. Juli zugestimmt. Unterstützung bekam das Gesetz auch aus dem Lager der unionsregierten Länder. Ein Antrag Bayerns, die Renten stärker, nämlich um ein Prozent anzuheben und wieder zur nettolohnbezogenen Rente zurückzukehren, fand nicht die notwendige Mehrheit. Welche unionsregierten Bundesländer zustimmten, wurde nicht bekannt, da es sich um eine nicht namentliche Abstimmung handelte. (Wortlaut siehe „Nachrichten“.)

①

Das Interview im Wortlaut

Engelen-Kefer warnt vor riesiger Rentenlücke

„Arbeitgeber zur Mitfinanzierung heranziehen“

Von Axel Brower



Osnabrück, 19. 5. (Eigenbericht)

Das Interview, das die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dr. Ursula Engelen-Kefer, unserer Zeitung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frage: Frau Dr. Engelen-Kefer, der Bundesrat hat die Renten Anpassung entsprechend der Inflationsrate für die Jahre 2000 und 2001 gebilligt. Weitere Einschnitte drohen mit der Rentenreform. Wie beurteilen Sie die Zukunft der Renten?

Antwort: Jetzt muss endgültig Schluss sein mit der Absenkung der Renten. Schon die beiden Rentenerhöhungen entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres führen zu einer Absenkung des Rentenniveaus um rund 2,5 Prozentpunkte – ganz abgesehen davon, dass den Rentnern in diesem Jahr voraussichtlich ein Kaufkraftverlust von knapp einem halben Prozent zugemutet wird. Das ist eine willkürliche Rentenpolitik nach Kassenlage, mit der die Schmerzgrenze für Arbeitnehmer und Gewerkschaften bereits überschritten wurde. Geht das so weiter, dann wird die Rente für viele Arbeitnehmer, vor allem aber für viele Frauen, künftig keine ausreichende Alterssicherung mehr darstellen. Sie wären auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Damit aber würde sich die Pflichtversicherung Rente selbst infrage stellen.

Frage: Diese so genannte Versorgungslücke soll doch durch private Vorsorge geschlossen werden. Ist das keine vernünftige Alternative?

Antwort: Völlig unakzeptabel für die Gewerkschaften ist es, wenn Arbeitsminister Riester bei seiner Absicht bleibt, in dem für den 8. Juni angekündigten Rentenkonzept der Bundesregierung die Absenkung des Rentenniveaus nur durch eine private Altersvorsorge auszugleichen.

Arbeitnehmer zahlen müssen. Denn das würde bedeuten: Wir bauen die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanzierte Rentenversicherung ab und bürden die Kosten der dadurch notwendig werdenden privaten Vorsorge allein den Arbeitnehmern und den Steuerzahlern auf. Diese soziale Schieflage wäre noch stärker, wenn sich Union und Grüne mit ihrer Absicht durchsetzen, das Rentenniveau weiter abzusinken.

Frage: Können Sie Zahlen nennen?

Antwort: Manche in der Union und bei den Grünen wollen den Beitragssatz langfristig bei 19 Prozent einfrieren. Das aber würde bedeuten, dass eine Durchschnittsrente im Jahr 2030 um etwa 900 Mark monatlich niedriger

Riester muss die Sozialpartner konsultieren

ger liegt als nach geltendem Recht. Diese riesige Rentenlücke müsste dann durch private Eigenvorsorge mit hohen monatlichen Prämien zusätzlich zu den Rentenversicherungsbeiträgen geschlossen werden. Das wäre eine Kriegserklärung an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Frage: Aber es hilft den Arbeitnehmern auch nicht, wenn der Rentenbeitrag bis auf 26 Prozent klettert. Das müssten sie auch bezahlen...

Antwort: Ziel der Rentenreform muss es sein, den Beitragssatz bis zum Höhepunkt der demografischen Entwicklung im Jahr 2030 auf höchstens 24 Prozent zu begrenzen. Das ist ohne eine weitere Niveauabsenkung erreichbar. Ein solcher Rentenversicherungsbeitrag ist vertretbar, weil parallel – ebenfalls auf Grund der Demografie – der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ebenfalls

Frage: Wäre damit sichergestellt, dass die Renten auch künftig den Lebensstandard im Alter sichern?

Antwort: Leider nein. Denn die zahlreichen Eingriffe der vergangenen Jahre haben bereits die künftigen Renten stark beschnitten. Für den DGB ist es deshalb unverzichtbar, ein flächendeckendes Netz von Betriebsrenten aufzubauen. Das würde nicht nur die Bemühungen der Gewerkschaften um die Tarifrante unterstützen. Damit könnten auch die Arbeitgeber zur Mitfinanzierung herangezogen werden. Und schließlich können Betriebsrenten im Gegensatz zu Privatrenten auch das Risiko der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit abdecken.

Frage: Aber es gibt immer weniger Betriebsrenten...

Antwort: Deshalb brauchen wir steuerliche Anreize, um Betriebsrentensysteme möglichst flächendeckend zu installieren, und neue Lösungen, um Betriebsrenten auch für Klein- und Mittelbetriebe attraktiv zu machen. Außerdem muss es beim Ausscheiden möglich sein, die Betriebsrente in das neue Unternehmen mitzunehmen. Der Anspruch auf eine Betriebsrente muss bereits nach wenigen Jahren gesichert sein.

Frage: Die Gewerkschaften sind an den Rentenkonsensgesprächen nicht beteiligt. Werden Sie es nicht schwer haben, ihre Vorstellungen in der Politik durchzusetzen?

Antwort: Deshalb fordere ich Arbeitsminister Riester auf, bevor er sein Rentenkonzept am 8. Juni vorlegt, die Sozialpartner zu konsultieren. Es macht ja keinen Sinn, ein Reformkonzept vorzulegen, das von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als Hauptfinanziers der Rentenversicherung nicht mitgetragen würde. Im Übrigen begrüße ich ausdrücklich, dass die Rentenkonsensgespräche der Parteien endlich in Gang kommen, indem konkrete Vor-

Das Interview im Wortlaut

Engelen-Kefer warnt vor riesiger Rentenlücke

„Arbeitgeber zur Mitfinanzierung heranziehen“

Von Axel Brower



Osnabrück, 19. 5. (Eigenbericht)

Das Interview, das die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dr. Ursula Engelen-Kefer, unserer Zeitung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frage: Frau Dr. Engelen-Kefer, der Bundesrat hat die Renten Anpassung entsprechend der Inflationsrate für die Jahre 2000 und 2001 gebilligt. Weitere Einschnitte drohen mit der Rentenreform. Wie beurteilen Sie die Zukunft der Renten?

Antwort: Jetzt muss endgültig Schluss sein mit der Absenkung der Renten. Schon die beiden Rentenerhöhungen entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres führen zu einer Absenkung des Rentenniveaus um rund 2,5 Prozentpunkte – ganz abgesehen davon, dass den Rentnern in diesem Jahr voraussichtlich ein Kaufkraftverlust von knapp einem halben Prozent zugemutet wird. Das ist eine willkürliche Rentenpolitik nach Kassenlage, mit der die Schmerzgrenze für Arbeitnehmer und Gewerkschaften bereits überschritten wurde. Geht das so weiter, dann wird die Rente für viele Arbeitnehmer, vor allem aber für viele Frauen, künftig keine ausreichende Alterssicherung mehr darstellen. Sie wären auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Damit aber würde sich die Pflichtversicherung Rente selbst infrage stellen.

Frage: Diese so genannte Versorgungslücke soll doch durch private Vorsorge geschlossen werden. Ist das keine vernünftige Alternative?

Antwort: Völlig unakzeptabel für die Gewerkschaften ist es, wenn Arbeitsminister Riester bei seiner Absicht bleibt, in dem für den 8. Juni angekündigten Rentenkonzept der Bundesregierung die Absenkung des Rentenniveaus nur durch eine private Altersvorsorge auszugleichen.

Arbeitnehmer zahlen müssen. Denn das würde bedeuten: Wir bauen die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanzierte Rentenversicherung ab und büden die Kosten der dadurch notwendig werdenden privaten Vorsorge allein den Arbeitnehmern und den Steuerzahlern auf. Diese soziale Schieflage wäre noch stärker, wenn sich Union und Grüne mit ihrer Absicht durchsetzen, das Rentenniveau weiter abzusenken.

Frage: Können Sie Zahlen nennen?

Antwort: Manche in der Union und bei den Grünen wollen den Beitragssatz langfristig bei 19 Prozent einfrieren. Das aber würde bedeuten, dass eine Durchschnittsrente im Jahr 2030 um etwa 900 Mark monatlich niedriger

Riester muss die Sozialpartner konsultieren

ger liegt als nach geltendem Recht. Diese riesige Rentenlücke müsste dann durch private Eigenvorsorge mit hohen monatlichen Prämien zusätzlich zu den Rentenversicherungsbeiträgen geschlossen werden. Das wäre eine Kriegserklärung an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Frage: Aber es hilft den Arbeitnehmern auch nicht, wenn der Rentenbeitrag bis auf 26 Prozent klettert. Das müssten sie auch bezahlen...

Antwort: Ziel der Rentenreform muss es sein, den Beitragssatz bis zum Höhepunkt der demografischen Entwicklung im Jahr 2030 auf höchstens 24 Prozent zu begrenzen. Das ist ohne eine weitere Niveauabsenkung erreichbar. Ein solcher Rentenversicherungsbeitrag ist vertretbar, weil parallel – ebenfalls auf Grund der Demografie – der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ebenfalls

Frage: Wäre damit sichergestellt, dass die Renten auch künftig den Lebensstandard im Alter sichern?

Antwort: Leider nein. Denn die zahlreichen Eingriffe der vergangenen Jahre haben bereits die künftigen Renten stark beschnitten. Für den DGB ist es deshalb unverzichtbar, ein flächendeckendes Netz von Betriebsrenten aufzubauen. Das würde nicht nur die Bemühungen der Gewerkschaften um die Tarifrante unterstützen. Damit könnten auch die Arbeitgeber zur Mitfinanzierung herangezogen werden. Und schließlich können Betriebsrenten im Gegensatz zu Privatrenten auch das Risiko der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit abdecken.

Frage: Aber es gibt immer weniger Betriebsrenten...

Antwort: Deshalb brauchen wir steuerliche Anreize, um Betriebsrentensysteme möglichst flächendeckend zu installieren, und neue Lösungen, um Betriebsrenten auch für Klein- und Mittelbetriebe attraktiv zu machen. Außerdem muss es beim Ausscheiden möglich sein, die Betriebsrente in das neue Unternehmen mitzunehmen. Der Anspruch auf eine Betriebsrente muss bereits nach wenigen Jahren gesichert sein.

Frage: Die Gewerkschaften sind an den Rentenkonsensgesprächen nicht beteiligt. Werden Sie es nicht schwer haben, ihre Vorstellungen in der Politik durchzusetzen?

Antwort: Deshalb fordere ich Arbeitsminister Riester auf, bevor er sein Rentenkonzept am 8. Juni vorlegt, die Sozialpartner zu konsultieren. Es macht ja keinen Sinn, ein Reformkonzept vorzulegen, das von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als Hauptfinanziers der Rentenversicherung nicht mitgetragen würde. Im Übrigen begrüße ich ausdrücklich, dass die Rentenkonsensgespräche der Parteien endlich in Gang kommen, indem konkrete Vor-